

Feindliche Übernahme

Die Republikaner fremdeln mit ihrem Kandidaten für die Präsidentschaft. Aber Donald Trump sagt, es gehe gar nicht um die Partei: „Es geht um mich.“

Von Andreas Ross

WASHINGTON, 5. Mai
Ted Cruz hatte den letzten Akt seines Wahlkampfes mit einem furiosen Monolog begonnen. „Ich werde jetzt etwas tun, was ich die ganze Kampagne über nicht getan habe“, hob der republikanische Präsidentschaftskandidat im Bundesstaat Indiana an: „Ich werde Ihnen sagen, was ich wirklich von Donald Trump halte. Dieser Mann ist ein pathologischer Lügner. Er kennt den Unterschied zwischen Wahrheit und Lügen nicht. Fast jedes Wort, das seinen Mund verlässt, ist eine Lüge. Dieser Mann ist zu tiefst amoralisch. Moral existiert für ihn gar nicht.“ Cruz war noch nicht fertig. Trumps Rhetorik sei „stumpfsinnige Krakelei“. Viele Konservative schimpfen seit langem, dass Trump ebenso selbstbezogen sei wie der amtierende Präsident. Doch für Cruz ist Trump „ein Narziss einer Sorte, wie dieses Land wohl noch keinen erlebt hat. Donald Trump ist ein solcher Narziss, dass sogar Barack Obama ihn anschaut und fragt: „Alter, was hast du denn für ein Problem?“

Wenige Stunden später war das Problem des Donald Trump nicht mehr Ted Cruz und die Konkurrenz im eigenen Lager. Nachdem er in Indiana mit fast sieben Prozentpunkten Rückstand auf Trumps 53-Prozent-Ergebnis verloren hatte, zog Cruz „schweren Herzens, aber mit grenzenlosem Optimismus für die langfristige Zukunft unserer Nation“ seine Bewerbung zurück. Ohios Gouverneur John Kasich, der von den für die Nominierung benötigten 1237 Delegierten genau neunhundert Wählerleute weiter entfernt ist als Trump, wollte zunächst weitermachen. Doch dann sagten reihenweise Spender ab, die Kasich am Mittwoch und Donnerstag auf sogenannten Fundraisern Schecks zustecken wollten. Die Parteiführung hatte Trump in einer Mitteilung bereits als „mutmaßlichen Präsidentschaftskandidaten der Republikaner“ bezeichnet. Also gab auch Kasich auf. Jetzt hat Trump keine innerparteilichen Gegner mehr, während bei den Demokraten Bernie Sanders der Spitzenreiterin Hillary Clinton in Indiana eine weitere Niederlage bescherte. „Wer hätte gedacht, dass ich auf Hillary warten muss?“, fragte Trump am Mittwoch.

Es war nicht nur sein absehbares Scheitern gewesen, das den texanischen Senator Cruz zu seiner Suada in letzter Minute bewogen hatte. Trump hatte eine hanebüchene Story des lächerlichen Sensationsblatts „National Enquirer“ aufgegriffen und behauptet, Cruz' Vater habe sich nach dem Attentat auf John F. Kennedy in Dallas mit dessen Mörder Lee Harvey Oswald getroffen. Außerdem hatte sich der in dritter Ehe mit einem 24 Jahre jüngeren, früheren Model verheiratete Trump über das Aussehen von Cruz' Ehefrau Heidi lustig gemacht.

In seinen kühnsten Träumen mag Cruz sich voriges Jahr erhofft haben, als



Trumps Triumph: Der Multimillionär führt seine Ehefrau Melania durch eine jubelnde Menge in seinem Hochhaus in New York.

Foto Laif

Sprachrohr der brodelnden Basis Jeb Bush oder einen anderen Establishment-Favoriten in ein Duell zu zwingen. Dass er sich am Ende selbst als Vernunftpolitiker gegen einen völlig entfesselten Populisten vermarkten müsse, hatte er nicht erwarten können. Noch vor wenigen Monaten hatte Cruz Trump als Mann des Volkes gerühmt. „Ich liebe Donald Trump“, sagte der Tea-Party-Mann gar in einer Fernsehdebatte. Wie der Rest der Partei war er fest davon überzeugt, dass Trump über die Knüppel stolpern würde, die er sich selbst tagtäglich vor die Füße warf. Doch am Ende obsiegte die auf Krawall gebürstete Mittelfinger-Fraktion. Die Republikaner fühlen sich wie nach einer feindlichen Übernahme.

Besonders bitter ist die Entwicklung für republikanische Senatoren, die sich im November in moderateren Staaten zur Wiederwahl stellen müssen. Zu ihnen gehört Kelly Ayotte aus New Hampshire. Sie ließ aussrichten, sie unterstütze Donald Trump, empfehle ihn aber nicht. Worin der Unterschied besteht, wurde nicht verraten. Die meisten republikanischen Amtsträger reagierten gar nicht auf Medienanfragen. Einige bekräftigten, dass sie „den von unserer Partei nominierten Kandidaten selbstverständlich unterstützen“ würden, fügten aber hinzu, dass sich Donald Trump „bisher“ als komplett ahnungslos- und/oder prinzipienlos erwiesen habe. Seit einigen Wochen bietet die Trump-Kampagne in Washington wöchentliche Frühstücks-Treffen für Kongressmitglieder an. Trotzdem mochte Trumps Team zunächst nur formale Unterstützungserklärungen von „gut einem halben Dutzend“ Volksvertretern in Aussicht stellen. Das wäre bei dreihundert republikanischen Abgeordneten und Senatoren eine magere Ausbeute.

Die beiden früheren Präsidenten George Bush senior und junior ließen jedenfalls wissen, sie hätten keine Pläne, zugunsten Trumps in den Wahlkampf einzugreifen. Sowohl John McCain im Jahr 2008 als auch Mitt Romney im Jahr 2012 hatten beide Bushs aktiv unterstützt – aber Trump hat ihren Sohn beziehungsweise Bruder brutal überrannt. McCain gab schon zu, dass Trumps Nominierung seine eigene Wiederwahl als Senator in Arizona erschweren werde. Eine Handvoll Kongressmitglieder und konservativer Vordenker sprach sich für die Kandidatur eines parteiunabhängigen, „wahren Konservativen“ aus. Dem widersprachen aber auch erklärte Trump-Kritiker aus der Partei: Man dürfe nicht Hillary Clinton den Weg ins Weiße Haus bahnen.

Schon am Donnerstag lief ein Clinton-Werbepost, der harsche Worte verschiedener Republikaner über Donald Trump aneinanderreihete. Trump sagte der Zeitung „Wall Street Journal“: „Mir wäre eine einige Republikanische Partei lieber, aber ich glaube nicht, dass es für die Wähler wichtig ist, dass alle miteinander auskommen.“ Er fügte hinzu: „In dieser Wahl geht es nicht um die Republikanische Partei, es geht um mich.“ Amerikas gesamte politische Klasse, einschließlich der Journalisten, Berater, Demoskopisten und sonstigen Fachleute, hatte Trump unterschätzt. Während Republikaner in den Tagen nach Romneys Niederlage 2012 auf allen Kanälen Pläne für eine Einwanderungsreform schmiedeten, mit der sie Amerikas Latinos als wachsende Wählergruppe mit der konservativen Lehre vereinen wollten, ließ Trump unbemerkt einen Slogan patentieren: „Make America Great Again.“ In dem allgemeinen Furor, der sich in den folgenden Jahren an der von Tea-Party-Anführern aufgedeich-

ten Republikaner-Basis entlud, wirkte Trump zunächst eher wie der Hofnarr.

Der Baulöwe, der als brutalstmöglicher Juror einer Business-Castingshow berühmt worden war, trat auf denselben Konferenzen wie Cruz oder andere rechte Hardliner auf. Doch er dozierte nicht über die Verfassung, sondern unterhielt das Publikum mit wüsten Beleidigungen und wirren Anekdoten aus seinem Geschäftsmann-Leben. Im Juni 2015 eröffnete Trump seinen Wahlkampf mit der Behauptung, dass Mexiko massenweise Vergewaltiger und Drogendealer über die Grenze schicke. Seither hat er dem Land praktisch jede Woche über den Internetdienst Twitter und mit Hilfe massenhafter Interviews das Thema vorgegeben.

Die linksliberale Internetseite „Huffington Post“ war anfangs stolz darauf, Trump-Meldungen ins Unterhaltungsressort verbannt zu haben. Sie musste das nach einigen Monaten rückgängig machen. Denn es sollte sich zeigen, dass der permanente Bruch republikanischer Dogmen den Kandidaten nicht etwa zu Fall brachte, sondern an die Spitze katapultierte. Insbesondere in der Handels- und Außenpolitik weicht Trump deutlich von der Republikaner-Orthodoxie ab – aber nicht von den Wünschen der Wähler. Am Donnerstag veröffentlichte das Umfrageinstitut Pew eine Studie, die Trump als Bestätigung seines Programms deuten kann. Demnach ist die Zahl der Amerikaner, die höhere Militärausgaben befürworten, sprunghaft gestiegen. Aber trotzdem fordert eine klare Mehrheit, dass sich Amerika auf seine eigenen Probleme konzentrieren und andere Länder sich selbst überlassen solle. Und 55 Prozent der Republikaner-Anhänger sehen Amerikas Verflechtung in der

globalen Wirtschaft kritisch. Damit ist die Ablehnung in der bisher freihandelsfreundlichen Partei deutlich höher als bei den Demokraten (44 Prozent), die sich im Kongress gegen die Freihandelspläne ihres Präsidenten stemmen. Amerika spielt „Verkehrte Welt“, und Trump ist der Meisterspieler.

Als seine Delegiertenmehrheit noch fraglich schien, hatte Trump seiner Partei gedroht: Sollte das Parteiestablishment auf dem Nominierungsparteitag im Juli in Cleveland einen „Putsch“ gegen ihn orchestrieren, dann werde es gewalttätige Ausschreitungen geben. Jetzt hat Trump ganz andere Pläne für Cleveland. „Der letzte Republikaner-Kongress war schrecklich öde“, erklärte Trump im Gespräch mit der Zeitung „New York Times“. Er werde sich auf seine Erfahrungen im Showbusiness besinnen und etwas Neues ausdenken. Dafür hat er jetzt etwas mehr Zeit als gedacht. Trump hatte offenkundig selbst noch zu Wochenbeginn nicht erwartet, dass Cruz und Kasich nach der Vorwahl in Indiana aufgeben würden. Nun muss er schnellstmöglich seinen bisher kleinen Mitarbeiterstab vergrößern – und Geld eintreiben. Das ist für ihn das heikelste Manöver.

Denn Trump hat sich erfolgreich als einziger Kandidat vermarktet, der nicht von Lobbyisten und Spendern abhängig sei. Von Kleinspenden und Erlösen aus seinem Trump-Shop abgesehen, hat der Milliardär den Wahlkampf bisher aus eigener Tasche bezahlt. Dass er dabei mit etwa fünfzig Millionen Dollar auskam, verdankt er dem Umstand, dass ihm die Fernsehsender fast jeden Wunsch erfüllen, interviewt zu werden. Weil Trump hohe Einschaltquoten garantiert, durfte er als einziger Kandidat sogar telefonisch in die wichtigsten Talkshows eingreifen. Viele dieser Interviews gingen nicht auf

die Initiative des Senders, sondern auf Trump zurück. „Wir hatten Weisung, jeden Anruf von Trump sofort ins Studio durchzustellen“, sagte dieser Zeitung eine frühere Mitarbeiterin der Aufnahmeleitung beim Sender CNN. Auf bezahlte Fernsehwerbung konnte Trump deshalb weitgehend verzichten.

Seine finanzielle Unabhängigkeit war bisher eines von Trumps wirkmächtigsten Versprechen. Keine Gelegenheit ließ er aus, die Geber und Nehmer des politischen Spendenwesens zu beschimpfen. Da er selbst jahrzehntlang Politikern beider Parteien Schecks ausgestellt habe, so Trump, wisse er besser als jeder andere, wie abhängig diese danach von ihren Gönnern seien. Nun aber sagte er, er wolle für die Kampagne nicht „zwei meiner Hochhäuser verkaufen“. Er werde sich mit Spendern treffen und auch für die republikanische Partei Geld eintreiben.

Die Aussage weckte neue Zweifel an Trumps Vermögensverhältnissen und Liquidität. Viele Fachleute glauben Trump nicht, der behauptet, dass er neun Milliarden Dollar besitze. Anders als die meisten Kandidaten hat Trump sich bisher gewiegert, seine Steuererklärungen zu veröffentlichen. Unklarler denn je ist jetzt auch, ob Trump am Ende tatsächlich viel eigenes Geld in die Kampagne investiert haben wird. Denn bis zum 31. März hatte er seiner Wahlkampforganisation 38 Millionen Dollar geliehen. Wenn er sich jetzt anschickt, auch mit Hilfe formal unabhängiger „Super-Pacs“ bis zu einer Milliarde Dollar einzutreiben, könnte er sich dieses Darlehen zurückzahlen.

Außer Geld braucht Trump bald einen Vizepräsidentenskandidaten. Er suche nach jemandem mit Regierungserfahrung, der ihm helfen könne, gute Beziehungen zum Kongress zu unterhalten, sagte Trump. Seine früheren Rivalen Ben Carson und Chris Christie sollen ihn bei der Suche unterstützen. John Kasich, sagte Trump, sei in seinem Ranking jetzt „einige Stufen nach oben geschneit“. Kasich hatte die Aussichten, er könne als „running mate“ von Trump antreten, wiederholt auf „null Prozent“ taxiert. Doch seit seinem Rückzug aus dem Rennen hat er sich nicht mehr zu der Frage geäußert. Er vertraue darauf, dass Gott einen Plan für ihn habe, sagte der Gouverneur in Ohios Hauptstadt Columbus. Noch nie ist ein Republikaner Präsident geworden, der nicht in Ohio gewonnen hat.

Schon an seinem ersten Tag als Präsident, so Trump, werde er Obamas Dekrete zur Einwanderungsreform zurücknehmen und Wirtschaftsbossen Konsequenzen für den Fall androhen, dass sie Arbeitsplätze ins Ausland verlagern. Telefonate mit anderen Staats- und Regierungschefs hätten für ihn keine Priorität: „Wir sind der Weltpolizist. Da rufe ich die doch nicht sofort an und lasse uns tiefer verstricken.“ „Vielleicht würden in seinen ersten hundert Tagen die Pläne für die Mauer an der Grenze zu Mexiko fertiggestellt und die Rücknahme von Obamas Gesundheitsreform auf den Weg gebracht.“ Trump sagte der „New York Times“: „Ich weiß, dass viele Leute nicht wissen, wie ein Präsident Trump so wäre. Aber alles wird gutgehen. Ich bewerbe mich nicht als Präsident, um das Land instabil zu machen.“ Genau das aber behauptet Hillary Clinton. Alle seriösen Umfragen sprechen Trump keine Chance gegen Clinton zu. Genauso wie es die Demoskopisten noch im Dezember unisono ausgeschlossen hatten, dass Trump je Kandidat der Republikaner werden könne.

Ein Himmelfahrtsprotest gegen Gefühlszornis

Linke Gruppen kommen nach Bornhagen, in den Wohnort des AfD-Manns Björn Höcke – ihre Wut richtet sich aber vor allem gegen die Provinz / Von Claus Peter Müller

BORNHAGEN, 5. Mai. Langsam zieht die Werra durchs Tal, vorbei an den blühenden Kirschbäumen und den Burgen Hanstein in Thüringen und Ludwigstein in Hessen. Von der Burg Hanstein im Osten aus schaut der „Neidstein“, eine Frazte, gen Westen und zeigt dem hessischen Landgrafen die Zunge. Doch im Übrigen geht es hier, beiderseits der Werra, meist friedlich zu. Junge und alte Männer knatzen an dem sonnigen Himmelfahrtstag mit ihren historischen Motorrädern zur Burg Hanstein, und in der Dorfklause spielt eine Dixie-Band: „Wunderschöne Fräulein, hätten Sie heut Zeit.“ In diesem Jahr lockt aber auch Bornhagen, das 300-Seelen-Dorf neben der Burg Hanstein, eine Reihe von linken Gruppierungen zu einem politischen Ausflug an. Denn in Bornhagen wohnt Björn Höcke mit seiner Familie. Der Vorsitzende der Thüringer AfD und ihrer Landtagsfraktion war Lehrer im hessischen Bad Sooden-Allendorf, als er vor Jahren über die Grenze ins Eichsfeld zog, allerdings nicht ins richtige, katholische Eichsfeld, sondern in eines der evangelischen „Hanstein-Dörfer“, wo die Leute eigentlich SPD und nicht – wie sonst im Kreis – CDU wählen.

Damals wurde Höcke vielfach noch als freundlicher Mann beschrieben, da er seine Gesinnung nicht so klar erkennen ließ wie heutzutage. Er galt zumindest noch nicht als der Rechtsaußen in der AfD. Bei der Landtagswahl im September 2014 erreichte die AfD in Bornhagen mit 36,5 Prozent ihr Thüringer Spitzenergebnis. In absoluten Zahlen klang es harmlos. Von 116 Wahlberechtigten im Dorf hat-

ten 42 ihre Zweitstimme der Partei des offenbar netten Nachbarn Björn Höcke gegeben.

Das relative Ergebnis genügte aber der „Antideutsche Aktion Berlin“, den „Antifaschistische Gruppen Halle“ und der „Association Progress“ aus dem Eichsfeld, um Bornhagen als ein „Kaff“ zu identifizieren, das „pars pro toto für die Dutzende Käffer steht, in denen die Alternative Futureidee, Enthemmung und Wutbürgertum heißt“. Die Gruppen riefen auf: „Vermiesen wir dem Thüringer AfD-Hauptling und seinem Wahlvolk durch unsere bloße Anwesenheit das Himmelfahrtsvergnügen und sagen: Go straight to hell!“

Bornhagen ist nach Ansicht dieser Ausflugler das „idealtypische AfD-Nest“, denn es liege eher im Osten als im Westen, sei eher Dorf als Großstadt sowie eher abgehängt als prosperierend. Es sei verwunderlich, dass bisher noch nie jemand auf die Idee gekommen sei, Höcke in seinem Heimatort „auf den Zahn zu fühlen“: „Vermiesen wir also den AfD-Dörfelern genau den Tag, an dem sie mal wieder so ausgelassen sein wollen wie sonst wohl nur dann, wenn jemand als Sau durchs Dorf getrieben wird.“

Der Aufruf provozierte Thüringens Ministerpräsidenten, Bodo Ramelow, von der Linkspartei. Er verglich den Plan, vor dem Privathaus eines Politikers aufzuziehen, mit den Methoden der Nazis, was die Kritisiertene freilich insofern und vermutlich gerne missverstanden, als habe Ramelow nicht ihre Methoden mit denen der Nazis verglichen, sondern sie persönlich mit den Nazis gleichgesetzt und damit die Verbrechen der Nazis relativiert. Als Ra-

melow im April in Halle den Inklusionspreis verlieh, wurde er von einer Gruppe ob seiner Kritik an dem Aufruf zur Rede gestellt. Der ansonsten angriffslustige Ramelow kam kaum zu Wort, denn seine Kritiker fühlten ihm permanent in dasselbe. Nicht außer sich vor Wut, sondern ruhig und kontrolliert sagte er seinen Kritikern: „Es kotzt mich an, wie arrogant ihr seid.“ Der Demonstrationsaufruf sei „beschissen“ und das Ganze eine „intolerante Aktion“, mit der zudem ein Dorf, in dem Flüchtlinge hervorragend betreut werden, abgestempelt würde. Als Ramelow merkte, dass er bei all dem gefilmt wurde, griff er nach der Kamera und zog später in den sozialen Netzwerken noch einen weiteren Vergleich: Solche Filme und Fotoaktionen könne er bisher aus dem Repertoire der NPD-Funktionäre. Es sei eine „ganz miese Nummer“. Jene, die Bornhagen als „braunes Kaff“ an den Pranger stellten, begäben sich auf das Niveau von Rassisten. Der Mitteldeutsche Rundfunk zitierte Ramelow am Himmelfahrtstag mit den Worten: „Die, die aufrufen für Bornhagen, nennen sich selbst Antideutsche. Ich weiß nicht, was an Antideutsche antifaschistisch sein soll – außer dass sie sich den Schutzschirm Antifaschismus überziehen, um gegen alle anderen zu Felde zu ziehen.“

Ungeachtet der Arroganz, mit der sich die Autoren des Aufrufs über Bornhagen erheben und seine Bewohner in toto diffamieren, ist die seitenlange Analyse, die im Aufruf zur Himmelfahrtsunternehmung gipfelt, durchaus der Lektüre wert. So vulgär ihr Urteil am Ende ausfällt, ist der Text über die AfD und die Ursachen

ihrer Entstehung zwar ebenfalls in einer lässig-herablassenden Sprache verfasst, aber nicht ohne Differenzierung. Die Rede von einem gesamtdeutschen Phänomen eines flächendeckenden, rassistischen Normalzustands basiere auf einem „interessierten Missverständnis“, denn die Vertreter des „etablierten ostdeutschen Politikbetriebs“, von den Blockparteien bis zur Linkspartei, seien daran interessiert, „die Amokläufe ihrer Landeskinder/Ost“ zu verharmlosen, indem sie diese mit Vorgängen „jenseits der Zonengrenze“ aufwügen. Es gebe mit Blick auf die AfD ein „dreifaches Gefälle“. Es gebe sie stärker im Osten als im Westen, eher auf dem Land als in Großstädten sowie ausgeprägter in wirtschaftlich schwachen als prosperierenden Regionen.

„Gefühlszornis“, die „tatsächlichen oder halluzinierten Weltmarktverlierer“, die die Autoren des Aufrufs auch „Zornis“ nennen, gebe es ebenso im Westen. Es seien „die Ossid des Westens“, wo der qualifizierte Ausländer als Bereicherung gelte. Es seien die Modernisierungsverlierer, denen Fremdsprachen- und Computerkenntnisse fehlten und die sich nach dem „traditionellen Volksstaat“ zurücksehnten und für eine staatliche Sozialpolitik kämpften, in dem der Geburtsort über die „Verteilung der Staatskohle“ entscheide. Das „aufgedrehte Deutschland-Gedudel der AfD“ bedeute weniger, dass man für das Vaterland wieder in den Schützengruben kriechen wolle, „sondern dass sich Abstammung wieder lohnen soll“. Der Islam sei zum Feindbild dieser halluzinierten Verlierer geworden, weil er „praktische Mittel und das ideologische

Rüstzeug bereithält, um das Elend zu verwalten, für das sich der Staat nicht mehr verantwortlich fühlt“. In den Muslimen am unteren Rand der Gesellschaft hätten die gefühlten Verlierer ihr Schicksal vor Augen, indes die Muslime ihnen im Umgang mit diesem Überlegen seien. Im Westen komme hinzu, dass die AfD neben den „Gefühlszornis“ die „traditionellen Wohlstandschauvinisten“, das „Mini- und Kleinunternehmertum“ anspreche. Siehe man von „Neonazis und anderen klinischen Fällen ab“, dann herrsche unter den AfD-Wählern im Osten die Sehnsucht nach einem „nationalen Sozialismus vor, der sein Vorbild in einer autoritären Version der sozialdemokratischen Rundumfürsorge der Ära Schmidt hat“. Für ihre westlichen Wähler gelte die AfD hingegen als „Reinkarnation des Nationalliberalismus der Bismarck-Ära“. Im Osten sehen die Autoren des Aufrufs das „Epizentrum“, und sie machen dafür die Linkspartei verantwortlich, die „mit ihrer Propaganda für einen autoritären Sozialismus und ihrem Betrogen- und-Belogen-Gejammer den Boden für die AfD bereitet hat“.

Vielleicht ist das solch ein Satz, der dem zum Ministerpräsidenten arrivierten Gewerkschafter Ramelow auch jenseits des 60. Geburtstags noch einen Adrenalinschub versetzt, der ihn verbal „zum Kotzen“ bringt. Östlich der Werra kommt von ganz links eine Debatte über Konflikte und ihre Ursachen in Gang, die bisher verschwiegen wurden. Schon hat der Antifa-Demonstrant Stephan Maßdorf in der „Jungle World“ nachgelegt. Die Linkspartei und die AfD würde nur sehr wenig un-

terscheiden. Mit Ramelow und Höcke habe sich eine „Querfront der westdeutschen Ossi-Versteher“ gebildet. Beide Politiker, die aus dem Westen in den Osten gekommen seien, könnten sich mit dem „Gemeinschaftskult“, der hier herrscht, ganz gut arrangieren“.

Von all dem wissen die Wanderer und Ausflügler nichts, die an Himmelfahrt nach Bornhagen kommen, vorbei an Polizisten, die im weiten Radius rund um den Ort Straßensperren vorbereitet haben und einsteilen, bis die Antifa und die Autonomen anrollen, durch schwarze Brillen in die Sonne blinzeln, wenn sie nicht rot-weißes Flatterband spannen oder den Ort in ihren Transportern umkreisen. Ein Wanderer, der nach eigenen Worten zur Himmelfahrt geboren wurde und aus dem Nachbarort stammt, weiß gar nicht, dass Höcke hier wohnt: „Der? Hier?“ Die Spaziergänger regen sich auf, wie viel Steuergeld dies alles kostet. An einer Scheune hängt ein Schild: „Antifa verpiss dich.“ Die Blasmusik und das Gebell der Polizeihunde mischen sich mit dem Heulen von Motorrädern in der Ferne und dem Muhen der Kühe auf den Weiden, dazwischen zum ersten Mal am Tag ein Martinshorn und laute Rufe vom Versammlungsort, wo sich ab 14 Uhr die Linksautonomen einfinden werden.

Es sind etwa 200, meist sehr junge Männer und Frauen, die dann nach Bornhagen kommen. Mit einem Lautsprecherwagen ziehen sie durch die Straßen, sie rufen „Scheiß Drecksnest“ und „Nieder mit der deutschen Provinz“. 200 Polizisten, vielleicht auch mehr, begleiten den Zug aufmerksam. Björn Höcke ist nirgends zu sehen.